

Saale-Zeitung.

Unzeigen
werden die Spalte oder deren Raum
mit 30 Pf., jede an Stelle mit
15 Pf. berechnet und in der Expedition,
bei welchen Kundennamen und allen
Anzeigen-Expeditoren angenommen.
Bekanntes die Stelle 50 Pf.
Erhalten wöchentlich postfrei;
Sonntags und Feiertagen einmal,
sonst postfrei täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Bezugspreis
Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M., da
monatlicher Bezahlung 2,75 M., durch
die Post 8 M., postamtlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Befreiung.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5892 des amtl. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Oswald Schulze in Halle.
(Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u.
Königsberg-Pr. 176.)

Nr. 186.

Halle a. d. Saale, Freitag den 22. April

1898.

Spanien und Amerika.

Durch das Ultimatum des Präsidenten Mac Kinley ist die Kriegshölle entzündet; das Vorgehen der Vereinigten Staaten zeigt ohne Zweifel von einer Brutalität, wie sie im Völkerleben nicht leicht zu finden ist. Man kann vollkommen der Meinung sein, der Krieg auf Kubas müßte unter allen Umständen bald ein Ende nehmen, und die Niße verdienen, von der spanischen Besatzmacht befreit zu werden, und demnach wird man sich der Einschätzung nicht erwehren können, daß es widerrechtlich gehandelt ist, wenn ein großer und mächtiger Staat die erste beste Gelegenheit vom Tische bricht, um ein schwächeres Gezeir zu veranlassen. Spanien hat im Laufe der Jahrzehnte viel gelitten; aber an den Vereinigten Staaten von Amerika hat es sich in neuerer Zeit sicherlich nicht vergangen. Deshalb muß das Vorgehen des Kabinetts von Washington auch dort befremden, wo man für die Freiheit begeistert ist. Es ist nicht wahr, daß die Amerikaner, wenn sie jetzt den Spaniern die Pistole auf die Brust legen, für die Freiheit kämpfen; sie denken an nichts, als an den Dollar, an den Gewinn, an den materiellen Nutzen.

Es ist schon vor einiger Zeit in der Presse auf einen Brief hingewiesen worden, den Edward J. Phelps, der frühere Gesandte Amerikas in Berlin und dann in London, an den früheren Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten und Gouverneur von New York, Ken B. Morton, gerichtet hat. Herr Phelps, ein bedächtiger, erster Patriot, tritt der Völkerverständlichkeit seiner Vaterlande sehr nachdrücklich entgegen; sein Brief in Gemeinschaft mit einer Empfehlung der kubanischen Revolutionregierung wird jetzt von New York aus auch in deutscher Sprache verbreitet. Der Ueberseer Edmund Karl Frey ist durch diesen Brief eines Volltunamerikaners einige Klarheit über die kubanischen Angelegenheiten zu verbreiten und erinnert an das Wort des Präsidenten Cleveland, daß die Vereinigten Staaten einen Namen zu verlieren haben. Er schließt seine Vorrede mit den Worten: „Ein echter Patriot, ein wahrer Freund des Fortschritts, der Freiheit und Völkerverständigung ist selten ein Fanatiker, niemals ein Vagabund oder ein Verleumdung, immer und ewig aber ein ehrliebender, rechtschaffener Mann.“

In der That ist der Brief des Herrn Phelps ein denkwürdiges Aktenstück; er ist vom 28. März 1898 datirt und enthält eine Rede, welche für Staatsmännischer Gehalts. Er geht von den Grundfragen aus, die jede civilisierte Nation befolgen muß, stellt die Grenzen der Intervention fest und befreit, daß irgend ein Land berechtigt ist, eine moralische oder politische Diktatur über die Angelegenheiten eines Nachbarn zu übernehmen und durch gewaltsamen Einschreiten die Befreiung seiner Einrichtungen oder der Verfassung seiner Verwaltung zu verbessern, und geht dann zu den Grundfragen über, aus denen die Union jetzt in Kubas zu intervenieren sich ansetzt. Phelps sagt wörtlich:

„Spanien ist und war immer ein uns befreundetes Land. Die allerhöchsten Ansehler haben nicht vermocht, seit unter Land unter spanischen Anhängen von Columbus eintritt worden ist, eine Veranlassung zu finden, weshalb Streitigkeiten zwischen uns ausbrechen sollten. Spanien hat uns weder angegriffen, noch recht es uns anzugreifen, es ist hinsichtlich unschuldig dazu. Es hat nicht nur den Wunsch geäußert, sondern auch alle Aufgebote, freundschaftlich zu sein, die wir es wohl weiß, folgenreicher für sein Land wären, zu vermeiden; es beschränkt bis zur Stunde noch erfolgreich einen Anstand gegen seine Regierung in Kubas, erfolgreich, weil der Schmutz des Kriminals nicht als den Grund für die jede civilisierte Nation befolgen muß, stellt die Grenzen der Intervention fest und befreit, daß irgend ein Land berechtigt ist, eine moralische oder politische Diktatur über die Angelegenheiten eines Nachbarn zu übernehmen und durch gewaltsamen Einschreiten die Befreiung seiner Einrichtungen oder der Verfassung seiner Verwaltung zu verbessern, und geht dann zu den Grundfragen über, aus denen die Union jetzt in Kubas zu intervenieren sich ansetzt. Phelps sagt wörtlich:

Das sind Ausführungen eines amerikanischen Staatsmannes und Patrioten. Phelps erinnert zugleich daran, daß Amerika von England für die Verletzungen der „Alabama“, eines Schiffes, das nur auf einer englischen Werft gebaut, nicht aber dort bewohnt, benannt und ausgerüstet wurde, auf die bloße Behauptung hin, die englische Regierung sei nicht wachsam genug gewesen, das Ansehen des Schiffes zu verhindern. 15 Millionen Dollars Schadenersatz bekommen habe. Er fragt: „Kann es beweist werden, daß ein viel schwererer Fall von Nachlässigkeit einem Schiedsgerichtshof in Sachen dieser Art unterzogen gegen unsere Regierung vorgelegt werden konnte?“ Er fragt weiter, was eigentlich in diesem Fall die Vereinigten Staaten zu verteidigen haben, und er erwidert, daß Großbritannien Verluste bei dem kubanischen Anstande viel größer seien als der amerikanische. Als in Amerika der Bürgerkrieg wüthete, habe ganz Europa namentlich infolge der Verhinderung der Baumwolle den schwersten Schaden gelitten, demnach habe kein europäischer Staat sich befugt geglaubt, mit Waffengewalt zu intervenieren. Die Verurteilung der Humanität sei ebenfalls eine Heuchelei; denn aus Humanitätsgründen habe man einen Krieg zu vermeiden, nicht aber ihn heranzubringen. Phelps gibt den tüchtigsten Schilderungen von dem Zustand der Reconcitrados auf Kubas scharf zu Rede; er schildert die

wüsten Ausschreitungen der Injuranten auf Kubas, die Eitelhänge mit harmlosen Reisenden in die Luft sprengen, Heimfalter und Erwerbsschellen friedlicher Bürger vernichten und erbitterte Offiziere, die unter der Parlamentarierflagge ihnen Anerbietungen völkischer Selbstthätigkeit bringen, kaltblütig ermorden. Das Herz der Unabänderlichen bröckelt aus kubanischen Regen, Ueberläutern und Abscheuern aller Art; mit ihnen zu fraternisiren sei keine Ehre: „Die Humanität des Friedens ist besser und fruchtbarer als die Humanität des Krieges.“ Will aber Amerika einmal um jeden Preis einen Krieg führen, so sei es eine Feigheit, gerade eine schwache und verarmte Nation zu überfallen. Phelps sagt:

„Wenn wir, um nur Krieg zu haben, uns schon mit irgend jemandem schlagen wollen, lassen Sie uns eine Macht ergreifen, die sich selbst verteidigen kann. Würde dies auch keineswegs Humanität, so zeugte es doch wenigstens von Muth.“

Auch an die Kosten des Krieges erinnert Phelps, an die Störungen in der Geschäftsanbahn, an die Entwertung des Papiergeldes, an die furchtbare Belastung des Staatsschatzes, dessen Ausgaben schon jetzt die Einkünfte um 50 Millionen jährlich übersteigen, an die Vernechtung des Postdienstes, an die Steuern zur Deckung des Aufwandes, und welche Entschädigung können wir für unsere Opfer erwarten?“ „Gibt es in unseren eigenen Städten infolge der Geschäftsfälligkeiten, die durch das fortwährende Alarmglocken hervorgerufen werden, nicht auch Reconcitrados in Gestalt einer zahllosen Armee Unberühligter?“

In diesem Ton fährt Phelps fort und redet seinen Landsleuten scharf ins Gewissen, „noch in der Hoffnung, das wahre Volksgelühl werde durchdringen.“ Das war am 28. März 1898; inzwischen freilich haben sich diese Hoffnungen als irrig erwiesen. Dem Brief ist der Erlaß der kubanischen Regierung beigegeben, der die Tugenden der amerikanischen Blätter zu wahren nicht und darauf hinweist, daß Kubas eine ausschließlich kubanische Regierung habe, alle Minister auf der Insel geboren seien, und daß niemand ein Recht habe, den Kubanern eine andere Regierung aufzubringen, als sie selbst wünschen. In diesem Manifest der kubanischen Regierung heißt es zum Schluß: „Gerechtigkeit ist die beste Politik, sagt der unsterbliche Washington.“ Wir glauben, daß gerade die Bürger der Vereinigten Staaten heute nicht gerne an diesen Anspruch ihres großen Landesherrn erinnert werden; in diesen sind alle Ausprüche und alle Briefe jetzt vergebens, demnach wird die Nationen sprechen.

Deutsches Reich.

Die Auswüchse der Freizügigkeit.

Die Novelle zum Vereinsgesetz, welche Minister v. d. Rube im Vorjahre an das Abgeordnetenhaus brachte, sollte das Vereins- und Versammlungsgesetz in seiner Weise beschränken, sondern nur die Auswüchse desselben beseitigen. Sogar die Mehrheit des Abgeordnetenhaus hat aber diese Methode, das Vereinsrecht zu schützen, abgelehnt. Minister v. Hammerstein, der 1877 im Reichstags gegen das Freizügigkeitgesetz gestimmt hat, will auch nur die Auswüchse dieser „Vereinerung“ wie der Abg. Symula sich ausdrückt, entfernen, ohne jedoch das Prinzip anzutasteln.

„Das Kapital des Arbeiters, der sonst kein Gehalt hat“, sagte der Minister, „besteht einzig und allein in seiner Arbeitskraft. Und in einer Zeit, wo das Kapital sich frei bewegen darf, da ist es unbedenklich, das einzige Kapital des Arbeiters unter dessen zu legen und ihn zu hindern, seine Arbeitskraft dort zu verwerthen, wo er es am besten kann.“

In demselben Altsenage oder bequämter, die Abwanderung der Arbeiter in die Städte und Industriebezirke auf eine „momentane“ Nachfrage nach Arbeit in ein Auswuchs. Dergleichen sei es ein Auswuchs des Rechts auf Freizügigkeit, wenn die Arbeiter vertrieben und vertrieben werden, in die Stadt zu gehen, um sich dort Beschäftigung zu suchen. Mit der Beilegung dieser Auswüchse hört die Freizügigkeit überhaupt auf. Will man den Sachverständigen verdienen, ihren Wohnort „momentan“ zu verlassen, um andere, besser bezahlte Arbeit zu thun? Dann will man den Arbeitern die Abwanderung in die Industriebezirke nur dann gestatten, wenn sie sich im voraus ein festes Engagement ausweisen können? Aber dann hindert man ja die Arbeiter, ihre Arbeitskraft da zu verwerthen, wo es ihnen am besten paßt. Diese Maßregeln erziehen sie um so bedenklicher, als nach der Erklärung des Ministers bei den Staatsbauten ausländischen Arbeitern der Vorzug gegeben werden soll vor den inländischen Arbeitern, damit diese gewonnen werden sollen, die schlechter gelohnte ländliche Arbeit zu übernehmen. Das Freizügigkeitgesetz bleibt auf dem Papier stehen; in der Praxis aber wird den Arbeitern der Gebrauch des Rechts auf Freizügigkeit unmöglich gemacht. Der Minister hat über dieses Thema zwei lange Reden gehalten, aber fast alles, was er gesagt hat, widerlegte er durch eine Demüthigung aus seiner Hand. Er erklärte nämlich: „Vor etwa 20 Jahren befand in der Provinz Hannover, besonders im Fürstenthum Osnabrück, eine ausgebeutete

Sachverständiger, welche regelmäßig im Sommer Arbeitermangel verurtheilt. Aus meinem heimathlichen Kreise von Westfalen nämlich mehrere Tausend kräftige Arbeiter aus und wohin? Zum großen Theil nach dem Osten der Provinz. Unter dem Alter liegen müssen und schließlich untergebracht waren, die meisten dieser Arbeiter, die in den Sommermonaten aus dem Osten nach dem Sommer über den Rhein, kamen mit einem hübschen Verdienst, aber meistens mit geschädigter Gesundheit, weil sie auf dem Rhein liegen mußten und schließlich untergebracht waren, wieder zurück. Ein anderer Theil der Arbeiter, die im Sommer heimathlich waren, sogenannte Hollandsänger. Diese gingen alljährlich zu der Zeit der Heuernte auf einige Monate nach den Niederlanden, Belgien und nach dem Niederreйн, um dort die Heuernte zu beizugehen. Auch diese Arbeiter hatten guten Verdienst, wurden indessen vielfach an ihren Gesundheit geschädigt, weil sie Tag und Nacht im nassen Wetter einmühten. Diese Sachverständiger bewegte sich von Osten nach Westen, während sie das Lungengefährte der Fall ist. Die Sachverständiger hat fast wüthig aufgehört, nachdem in meiner Heimath für bessere Wohnen, Belohnen und regelmäßigen Verdienst während des ganzen Jahres gefordert wird. Meine Herren, mit dieser Verteilung will ich Vorwürfe gegen die Landwirtschaft im Osten nicht erheben. Ich verichte nur Tatsachen, die zum Nachdenken anregen. Ich möchte glauben, daß durch Wohlthaten, durch Sorge um die Gesundheit und geistliche Wohlthun, richtige Arbeitsverteilung, Verbesserung des Land und allem dergleichen, die der Löhne, somit dieselben zu niedrig, doch mancher Hilfsstand zu mildern sein dürfte. Ich bin nicht genügend unterrichtet, ob das im Osten überall geschieht. (Vorbereitung Wiederrückkehrigkeit.) Ich weiß es nicht, meine Herren. Ich führe diese Dinge nur an, um darauf hinzuweisen, daß es noch nicht der Fall ist, diesen Gesichtspunkten besondere Aufmerksamkeit zugewenden sein dürfte.“

Wenn Hr. v. Hammerstein nichts gesagt hätte als dies und den Agrarier empöret hätte, das zu thun, was seinerzeit in Osnabrück schon gescheh, so war das genügend. In Hannover existierte damals die Freizügigkeit nicht und doch wanderten die jungen Leute aus ihrer Heimath aus, weil sie keine lohnende Beschäftigung hatten, und blieben zu Hause, nachdem man es verstanden hätte, ihnen ihre Scholle wech zu machen. Indessen angesichts des Drängens der Agrarier folgt der Minister dem Geiz: Ich erlaube das Bessere, Ihre aber das Schlechtere. — Die Agrarier versuchen zu helfen, wenn ihm gleichwohl nicht gelungen. Denn was die Agrarier verlangen, sind hohe Preise und billige Löhne, und die soll ihnen der Staat verschaffen.

Polenpolitik und freiwillige Gerichtsbarkeit.

Der allernächste Kurs, die scharfe Polenpolitik, hängt bereits an, Einfluß auf die Gesamtpolitik zu gewinnen, und äußert diesen Einfluß auf Angelegenheiten, bei denen man es kaum vermuthen möchte. Wie die „Frz. Ztg.“ aus einer Quelle erfährt, „an deren Zuverlässigkeit nicht zu zweifeln ist“, kann das vom Reichstag bereits durchberathene Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit — eines jener Gesetze, von deren rechtzeitiger Fertigstellung das Justizministerium des Bürgerlichen Gesetzbuchs abhängt — einweilen nicht veröffentlicht werden, weil die Zustimmung des Bundesraths sich durch die Stellungnahme Preussens zur Dolmetscherfrage verweigert und innerhalb der preussischen Regierung sich eine Strömung geltend macht, die lieber dem ganzen Gesetz die Zustimmung verweigern möchte, als es mit dem Dolmetschergesetz zusammen in der Fassung des Reichstagsbeschlusses dem Kaiser zur Verordnungsung zu unterbreiten. Dieser fast gefährliche 175 ordnet an, daß bei gerichtlichen und notariellen Urkunden ein Dolmetscher zuzuziehen ist, wenn ein Beteiligter erklärt, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein. Dieser hat man eine solche Bestimmung, die ja ihre Bedenken haben mag, keineswegs für statthaft gehalten, und das Bürgerliche Gesetzbuch selbst hat in Bezug auf die Testamente (§ 2244) getroffen, ohne zu verlangen, daß der Richter mit dem Erschienenen erst ein Examen darüber aufstellen solle, ob er der deutschen Sprache wirklich nicht mächtig ist, wie die Regierung es in dem Gelehrtenüber die freiwillige Gerichtsbarkeit verlangt. Welcher Grund von Nationalitätsfanatismus gehört dazu, um einer Partei, die einen Dolmetscher wünscht, ihn zu verweigern, und nun gar aus der Bestimmung, die den Dolmetscher gebietet, eine solche Haupt- und Staatsaktion zu machen, daß das Ministerium um des einen Tages willen nicht mehr recht waag, vor dem Kaiser hinhinzu treten. Hoffentlich werden im Bundesrath die Stimmen, die an der Polenpolitik kein Interesse haben, Mächtig genug sein, um aus das betrieblende Schampale zu eripieren, das ein Dolmetscher, der beim Bürgerlichen Gesetzbuch im Jahre 1896 noch ein harmloser Geselle war, zwei Jahre darauf für so Staatsgefährlich erklärt wird, daß es unmöglich sein soll, einem Gesetz zustimmen, in das er Aufnahme gefunden hat.

Wirtschaftspolitisch.

Im deutschen Wirtschaftsleben macht sich der Einfluß des spanisch-amerikanischen Konflikts bereits recht bemerkbar, wie schon aus den Berichten von den verschiedenen Werften während der letzten Tage hervorzu gehen und erst heute morgen wieder aus der maßgebendsten Stellung im Handelskreise betr. das Steigen der Zuckerverpreise. Aber auch in anderer Weise macht sich der Konflikt fühlbar. So haben z. B. viele amerikanische Einkäufer ihre Aufträge nach Europa vorläufig verschoben. Unsere deutschen Fabrikanten müssen überhaupt mit der Thatlage rechnen, daß sich der Verkehr demnach anders gestalten wird. Eine große Anzahl von Schiffen ist dem Verkehr entzogen. Von der Hamburger Linie machen die „Normania“ und „Columbia“ nicht mehr die Reise nach New York resp. Europa, von der America-Linie sind die Schiffe „St. Paul“, „St. Louis“, „New York“ und „Paris“ von der Morgan-Linie die Schiffe „City of Washington“ und „Niagara“ dem Verkehr entzogen. Viele Amerikaner werden überhaupt aus Rücksicht, es konnte ihnen auf See irgend ein Kriegsunfall zu-

stehen, die Reise unterlassen. Während in der vergangenen Woche noch behauptet wurde, daß der Krieg seinen großen Einfluß auf das Importgeschäft haben würde, besagen die jetzt hier angehenden Nachrichten, daß man in den New Yorker Geschäftskreisen sehr ängstlich geworden ist und vorläufig von jeder geschäftlichen Bewegung Abstand nimmt. Der am 16. d. in Southampton eingetroffene Dampfer „St. Louis“ hatte nur 36 Briefe Konjunkturaffäre am Bord, während sonst die Zahl 150—200 erreicht wurde. Die jetzt erwarteten Amerikaner, die sonst gerade um diese Zeit sehr zahlreich erschienen, fehlen fast gänzlich.

Verwaltung und Reichspost.

Die Unterhandlungen der Reichspostverwaltung mit den Besitzern von Privatpostämtern zur Verstaatlichung der privaten Betriebe wurden sofort nach den Osterferien wieder aufgenommen. Herr von Bobbielst hat Herrn Oberpostsekretär Wangow, vom Reichspostamt in Berlin, beauftragt, eine Rundreise zu machen und direkt und persönlich mit den Besitzern von Privatpostämtern in Verbindung zu treten. Er stellt sich dabei auf den gleichen Standpunkt, den Herr von Bobbielst in der Kommission des Reichstages vertreten hat. Er rekapituliert, die Reichspostverwaltung könne die Schädigung, welche ihr durch die Privatbetriebe zugefügt worden, nicht mehr länger dulden, die Privatposten schöpfen den Haub von der Hauptertragsquelle der Reichspost ab, die Einkünfte der Reichspost müßten vergrößert werden zum Vortheil aller, die Reichspost verlorle keine persönlichen Interessen, wie die Besitzer der Privatbetriebe. Die Reform, die Verstaatlichung der Privatposten, habe auch einen idealen Wert und komme dem gesamtlichen Kreuzerheben den Postämtern zu gute. Diese Argumentation, ist plausibel, sie auch auf den ersten Blick erscheinen mag, dürfte aber nicht genügen, um die Privatposten zu verstaatlichen. Was die Entschädigung des Reichstages anbelangt, so meint Herr Oberpostsekretär Wangow, daß von einer Entschädigung im Sinne einer Ablösung keine Rede sein könne. Er weist u. a. darauf hin, wie viele Hunderte und Tausende von Exzessiven durch alle möglichen Verwaltungsmassregeln vermindert werden, ohne Entschädigung, u. s. w. durch Eingekerkerte bei Seuchen. Die Vorlage über die Reichspost wird durchgehen, wenn die Anhaber der Privatposten einwilligen, was sehr selten, sich mit einer kleinen Entschädigung für verloren gehendes Anlagekapital zu begnügen. Die Möglichkeit des Fortbestehens der Privatposten nach Entziehung des Reichs der Förderung der geschlossenen Briefe ist für die eine recht schlechter Trost. Die Privatpostbesitzer verlangen als eine Ablösung den 10%, inden Betrag ihres bisherigen jährlichen Reineinkommens, wodurch ihnen bei drohender Verstaatlichung die Hälfte ihres bisherigen Einkommens geblieben wäre, oder aber in erster Linie Befreiung ihrer Betriebe. Auch mit einer pensionberechtigten Anstellung bei der Reichspost mit einem ihrem bisherigen Einkommen entsprechenden Gehalt würde eine Anzahl der Privatpostbesitzer einverstanden sein.

Zur Berechnung des Herabsetzens Vermögens sowie des Einkommens von 10% ist zu bemerken, welche bei landwirtschaftlichen oder anderen Kreditinstituten sogenannte Anwartschaften an Darlehen aufgenommen haben, ist es von Zeit zu Zeit erforderlich, die Höhe der für Redung der einzelnen Schuldner aufgenommenen Anwartschaften und der ihnen anzurechnenden Entschädigung dieser Fonds festzustellen. Der Finanzminister hat angeordnet, daß diese Feststellungen, welche bisher jährlich erfolgten, künftig nur in jedem dritten Jahre stattfinden sollen.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Berlin wird mitgeteilt, daß die Aktion des früheren Ministers des Innern Herr v. Schuchardt für die Neubesetzung des wichtigen Postens in seiner Weise in Betracht kommt. Herr v. Schuchardt, der sich für immer in das Privatleben zurückgezogen hat, läßt sich den Anforderungen, die ein so verantwortungsvoller Amt an seine Aktion stellen, nicht als übermäßig gewöhnlich an. Herr v. Schuchardt ist ein Mann, der sich für die Neubesetzung des Postens in seiner Weise in Betracht kommt. Herr v. Schuchardt, der sich für immer in das Privatleben zurückgezogen hat, läßt sich den Anforderungen, die ein so verantwortungsvoller Amt an seine Aktion stellen, nicht als übermäßig gewöhnlich an.

Zur Neubesetzung der Sonntagstraße sollen neuerdings an die unteren Verwaltungsbürokraten Anweisungen erlassen werden, wobei als zureichend empfohlen werden soll, die regelmäßigen Revisionen mit denjenigen zu verbinden, die dazu dienen, die Ausführung der Bestimmungen über die Arbeitsbücher und die Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter zu überwachen.

Soziale Angelegenheiten.

Die gerichtlichen Befragungen in der preussischen Monarchie haben amtlicher Nachweisung zufolge im Jahre 1895/97: 8,031 475 Befragungen oder 18,154 weniger wie 1895/96 geleistet. Ihre Tagesdurchschnittszahl betrug auch 382,13 weniger und betraffte sich auf 31,837,55, nicht bedingt von der letzteren Zahl waren 5064,27 Mütter, überhaupt beschäftigt 26,772,28, davon mit Hausarbeiten 25,70,49 und für Dritte gegen Lohn 24,201,79. Aufgenommen sind durch die Arbeit insgesamt 3,138,399,96 M. oder 67,701,50 M. mehr als 1895/96, davon 891,774,68 M. durch Verwendung der Gefangenen zur Arbeit außerhalb des Gefängnisses, 2,268,968,50 M. durch sonstigen Arbeitsdienst und 32,766,78 M. an Arbeitsbüchern, welche durch besondere Umstände veranlaßt sind. Die Kosten der Beschäftigung außerhalb des Gefängnisses betragen 181,232,14 M., wobei als deren Arbeitsbedienst die Summe von 3,007,167,82 M. zu verzeichnen ist. Von dem letzteren Betrage verbleibt der Staatsschatz ein Anteil von 1,653,134,91 M., als Reinertrag aus den Gefängnisarbeiten werden 434,709,36 M. verbleiben.

Der Ausschuss der baltischen Provinzialämter und Kreisverfassungen in Riga bewilligte 440,000 M. zum Bau einer dreistöckigen weiblichen Augenkranke in einem Orte am Gau.

Briefnachrichten.

Die Vorbereitungen für den allgemeinen Delegiertenkongress der nationalliberalen Partei, der auf Sonntag, den 1. Mai einberufen ist und im Reichstagsgebäude zusammenzutreten wird, lassen schon jetzt erkennen, wie sehr die Bedeutung dieser Tagung anerkannt wird. Nach den bisher eingegangenen Meldungen zu urteilen, wird sie voraussichtlich im Oktober vor einem Jahre stattfinden. Die Vorrede der letzten Parteitagung zur Politik der Sammlung verflochtenen Reiches ist es auch, wie die „Politik. Rev.“ meint, notwendig erscheinen, daß die Tagung sich nicht beschränkt, um für die Geschlossenheit der Partei nochmals Zeugnis abzulegen und den festen Entschluß zu bekunden, die allen Grundzüge der Partei mit allem

Nachdruck bei den Wahlen zur Stellung zu bringen.“ Was die Tagesordnung anlangt, so ist festzuhalten, daß eine Anzahl des Herrn v. Bennigsen die Resolutionen einleiten wird. Die Hauptaufgabe des Parteitagung ist die Beratung und endgültige Feststellung des Wahlprogramms sein und die Beratung dazu gestellter Anträge. Der Entwurf des Wahlprogramms wird vom Centralvorstand am 30. April vorbereitet und den Delegierten rechtzeitig zugestellt werden.

In Wiesbaden stellten die konserverbaren Vertretermänner den Ausschuss für die Parteitagung als Reichstagskandidaten auf und erwarteten die Resolutionen der Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung. Da büchten sie sich offensichtlich ihren, zumal der Wahlzeit sei v. A. durch den freisinnigen Volksparteiler W. Interner vertreten wird, der in der Stichwahl mit 14,011 Stimmen (gegen 8136 für den Centralvorstand) gewählt wurde.

In Pörlitz-Saalka wurde der erste Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, Hg. v. Pöhl, als Kandidat aufgestellt.

Schule und Kirche.

Wie man der „Allg. Volkstg.“ aus Berlin mittheilt, hätte die Polizei in letzter Zeit die katholischen Kirchen revidiren und sich Notizen über die gehaltenen Predigten machen lassen. In den protestantischen Kirchen sei jedoch nicht gleiches der Fall gewesen. Die Polizei habe dies jedoch nicht aus sich selbst, sondern auf höheren Befehl gethan.

Ausland.

Vor dem Kampf.

Kann auch der schließliche Ausgang des Dramas, für das sich jetzt der Vorgang anzuordnen beginnt, kaum einen Zweifel unterliegen, so sind doch keine Bedenken zu übersehen, daß das Auge des Zuschauers gespannt sich auf das Wogen des Kampfes richten wird, der zwischen Spanien und Nordamerika zum Austrage gelangt. Schon die handelnden Personen selbst von vornherein die Aufmerksamkeit: hier das alte kastilische Königreich, mit Stolz auf eine große Vergangenheit zurückblickend und bereit, an die Behauptung des kostbarsten Reiches seinen glänzenden Kolonialreichtums das eigene Dasein zu legen. Driiben die jüngste der Weltgroßmächte, der Völkere drein, auch in kriegerischen Thaten die Gleichstellung der transatlantischen Republik mit den großen Staaten der alten Welt zu erringen und Elbogenraum für weitere Ausdehnung der großen Republik zu gewinnen. Und wie es das erste Mal seit langer Zeit ist, daß eine europäische und eine überseeische Macht von vornherein in den Kriegszug treten, so steht auch zum ersten Mal seit Beginn dieses Jahrhunderts ein erster Seekrieg in Aussicht, der erste überhaupt, der bedenklich mit dem neuzeitlichen Wesen des Krieges und des Völkere auszuföhren wird. Sind die Amerikaner abergläubig, so dürfen sie es als ein schlechtes Omen ansehen, daß die für Fort Taylor an der Küste von Florida bestimmte dreizehnhüftige Kanone über Bord geschleudert und verloren ist. Bemerkenwerther Weise mehren sich übrigens in Amerika die Stimmen, die vor einer Verlesung der eigenen militärischen Leistungsfähigkeit, wenigstens zu Beginn des Krieges, eindringlich warnen. So schreibt z. B. die „New Yorker Staatszeitung“:

Was für Vorstellungen von jodischer Anordnungslosigkeit in der Arme herrschen, ergibt sich aus folgendem Bericht: Um eine Batterie Feld-Artillerie von vier Geschützen, vier Offizieren und 65 Mann von Chicago nach dem Süden zu transportiren, brauchte man einen Fuhrmann, zwei Schläger und die erforderlichen Praxidantons für die Geschütze und Pferde. Dieser Transport fand, wohl versehen, letzte Woche statt. Wenn man nun für einen Kapitän, drei Lieutenants und 65 Mann einen Fuhrmann und zwei Schläger brauchte, wie viel würde man bei einer Verwundung der Arme oder gar der Wildnis brauchen, wo doch jeder der zahlreichen Generale, nach ihrem Verhältnis jedoch, einen Fuhrmann für sich anfordern müßte? Das ist ein Bedenken, das nicht leicht zu lösen wäre. Welcher Mann wird nicht wenig bedrückt, zeigt die kirchliche Sprache eines Willigen, der da prophezeit, daß die Arme am 4. Juli vor dem Feind stehen wird. Wir wollen das im Interesse des Landes wie der betreffenden Militär nicht wünschen, denn am 4. Juli, mitten in der Regenzeit, in Florida den Feind zu sehen, wäre die ähnlich schrecklichste Niederlage für die Union, die sich denken läßt. Die Union wird durch die Feinde der Erde, durch einen überlegenen Feind, sondern durch heimtückische Fieber und schlechte Krankheit.

Der Kriegseifer ist überhaupt in Nordamerika gar nicht so allgemein, wie man nach der Sprache der in Europa zumeist gelesebenen amerikanischen Blätter annehmen könnte. Noch in den letzten Tagen machten sich insbesondere in den Weststaaten der Union starke Einflüsse zu Gunsten des Friedens geltend. Am letzten Sonntag fanden in Kalifornien größere Versammlungen statt, in denen die Kriegskrieger der New Yorker Spektakelgruppen scharf verurtheilt wurde. Dergleichen sind aus Maryland, Connecticut und Louisiana Proteste gegen die Kriegspolitik bei Mac Kuley eingelaufen. Von der newyorker Presse wurde nicht ein einziges Wort über die aus dem Westen kommenden Friedensentworfungen zu berichten, um nicht „unbeliebt“ zu werden. — Zur Anbringung der Kriegsgeldern dürfte in Amerika eine neue Einkommensteuerbill einverleitet werden, da die angelegten Steuern auf Kaffee, Thee, Petroleum und ähnliche Bedarfsartikel wenig Anlang in der Reichthümer finden. Charakteristisch ist, daß die Silber-Senatoren, welche den größten Theil der Senate-Mehrheit ausmachen, bereits die Rechnung zu präsentieren beginnen: Sie wollen die Kriegskriegskrieg nicht in Geld zahlen lassen, sondern in Eisen, das die Regierung wenig Aussicht auf Erfolg.

Wir haben bereits wiederholt die Stellung Deutschlands bezeugt, das im Interesse der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen und nicht minder im Interesse der drei Millionen in den Vereinigten Staaten lebenden Deutschen von seiner bisher beobachteten Neutralität nicht um Haarsbreite abzuweichen geneigt. Niemand wird dem Deutschen die Heilung des ununterbrochenen Aufstiegers in der humanitären Frage verargen; die Amerikaner mögen sich aber andererseits nicht wundern, wenn in Deutschland Presse und öffentliche Meinung einstimmig die gleichsinnige Haltung und beispiellose Anmaßung brandmarken, die die Machtgeber in Washington in den letzten Tagen vor Freund und Feind bekunden. Die ersten Ereignisse in dem bevorstehenden Kriege sind wohl in den humanitären Gewässern zu erwarten. Wie im Morgenblatt gemeldet wurde, geht der Plan der Amerikaner dahin, den Spaniern dadurch das Oidium des ersten Schusses zuzuschreiben, daß Probantenschiffe für die nothleidenden Kanonen mit amerikanischen Beamten an Bord nach Panama geschickt werden, die natürlich von den Spaniern angehalten, nothwendigfalls mit Gewalt an der Landung verhindert werden würden. Die Antwort auf diese „Veranschönerung“ soll die Blockade Kubas, wenn thümlich eine Landung etwa in der Provinz

Matanzas sein. So leicht wie die Civiltatigen in New York und Washington sich vorstellen, wird ein solcher Plan freilich nicht durchzuführen sein, denn zu einer Landung auf Kuba gehört eine größere Arme, als Amerika vorerst verfügbar hat, ganz davon abgesehen, daß eine sozalgan gebrauchte Küstenblockade durch einige größere Kriegsschiffe und ein Dutzend Torpedoboote und etliche nachgehende Kanonenboote einer Landung die größten Hindernisse bereiten kann. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß der erste Geheißbefehl auf der Höhe von Guantanamo von Matanzas ausbreiten wird. Das Gros der spanischen Flotte bei Cadix anzuhalten, werden die Amerikaner zunächst wohl bleiben lassen, schon um die eigenen Kräfte nicht allzu sehr zu entlasten und einem unermesslichen spanischen Angriff preiszugeben. Besonders New York muß in sichere Hüt genommen werden, denn eine Blockade dieses Haupthafens der Union durch spanische Kriegsschiffe wäre mit das Schlimmste, was den Amerikanern angethan werden könnte, von einem Bombardement der Stadt, die mit Hafenbefestigungen versehen, daher einer Beschließung ausgelegt ist, ganz zu schweigen.

Die ökonomische Frage.

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Erste Lord des Schatzes Balfour, die chinesische Regierung habe die Absicht angekündigt, Abnung als Vertragsstaaten zu eröffnen und dieselbe im Zollamt zu errichten. Auf eine Anfrage, ob die Verträge zwischen England und China dem englischen Handel in China die Behandlung als meistebegünstigte Nation sichern, und ob die Bestimmung in dem Abkommen zwischen der chinesischen Regierung und der russisch-chinesischen Bank für den Bau der Manchu-eretz-Bahn, nach welcher die von und nach Russland verlaufenden Eisenbahnen an chinesischem Eise oder Auszubohrer ein Drittel weniger zahlen gegenüber den in Seehafenshäfen erhobenen Zöllen, eine Verletzung der britischen Vertragsrechte enthalte, erwiderte Balfour, die erste Frage beantwortete er mit „Ja.“ In Betreff der zweiten Frage bemerkte er, die einfache Thatsache, daß ein Unterschied zwischen dem Tarif der Landzunge und der Seezunge gemacht werde, bringe an und für sich keine Verletzung der Klausel der meistebegünstigten Nation; ein solcher Unterschied besche auch im Falle der britischen birmanisch-chinesischen Grenze. Ob die praktische Ausföhrung eines solchen Unterschiedes unter gewissen Umständen eine Verletzung des britischen Vertragsrechtes enthalte, sei eine separate Frage, die nach seiner (Balfour's) Ansicht weder im Falle der nördlichen noch der südlichen Landzunge Chinas entfallen ist.

Ueber die Selbständigkeitsfrage der chinesischen Vicekönige von Kantung, Wüchgang, Tsichuan und Kanton, auf die bereits jüngst einmal an dieser Stelle hingewiesen worden war, bringt das — allerdings sich nicht gerade immer durch Zuverlässigkeit auszeichnende — Bureau „Anzeiger“ eine Abhandlung aus, wonach jene Vicekönige ein Uebereinstimmen behaupten gegenwärtig Unterstützung gegenüber den fremden Mächten, die in den nördlichen Provinzen populär sind und die viceköniglichen Machtbefugnisse beschränken oder den fremdlichen Einfluß in den chinesischen Angelegenheiten verkleinern könnten. Sie vertheilten die Höher der Anzahler des Reichs und streben namentlich die Abwertung von Theilen der Währung, welchem Ziele sie unabhängig von den Fremden gehen wollen. Sie beanspruchen auch das Recht, die völkere Institutionen über die innere Verwaltung zu revidiren. Dies betrifft zweifellos die ausländische Kontrolle der Münz. Jeder Vicekönig beansprucht die Befugnis, zur Erzeugung ihrer völkere Armeen einzuziehen. Dieleben engagiren hierzu angeblich japanische Militärinstitute.

Oesterreich-Ungarn.

In politischen Kreisen verläuft gewöhnlich, daß ein Theil der Reichsregierung sich nicht für die Abhaltung des Reichstages im Dezember, bereits am 18. August, stattfinden soll. Eine endgültige Entscheidung hierüber löst noch nicht getroffen sein.

Großbritannien und Irland.

Im Unterhause legte Schatzminister Hicks Beach gestern das Budget mit einer Erklärung vor, in der er mittheilte, daß der thatsächliche Ueberschuß des letzten Rechnungsjahres 3,600,000 Pfund beträgt und die Nationalschuld um 6 1/2 Millionen Pfund zurückging. Die Ausgaben sind für das laufende Finanzjahr auf 106,800,000 Pfund, die Einnahmen auf 103,200,000 Pfund veranschlagt. In dem Budget wird der Ueberschuß des letzten Jahres für das Finanzjahr 1896/97 beibehalten, jedoch ist eine theilweise Erweiterung des bestehenden Steuerzuschusses auf Einkommen zwischen 400 und 700 Pfund jährlich vorgesehn; ferner sind Erleichterungen für gewisse duldende Fälle bei den Todesfallabgaben und der Grundsteuer vorgesehn. Die Steuer auf Tabaktabak wird um 6 Pence auf das Pfund herabgesetzt, ebenso im Reichthum der übrigen Tabaksteuer, nur die Steuer auf Cigaretten wird nicht herabgesetzt. Die verringerten Tabaksteuern sollen am 16. Mai in Kraft treten.

Herr Salisbury's Befinden hat sich jetzt so sehr gebessert, daß er ebenfalls die Mittelsee nach England angetreten geneigt. Er glaubt insofern zu sein, wie bisher, das Amt eines Premierministers mit dem ersten Minister des Auswärtigen verbunden zu können. Mittlerweile ist die Gesundheit des Vizekönigs von Salisbury's, des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen, Curzon, infolge von Ueberanstrengung zusammengesunken. Die Versteirathen ihm, sich die größte Schonung aufzuerlegen, und halten ihn theilweise kaum den Ausstagen und Aufregungen einer langen Debatte im Unterhause für gewachsen. Biederum einmal haben wir hier einen Konflikt zwischen Hof und Staat, der allerdings ziemlich große Folgen haben dürfte, aber doch einigmaßen aussehend. Es handelt sich um die Ernennung des Herzogs von York zum Comre-Admiral, die nun schon seit mehreren Jahren regelmäßig, wenn die Verförderungen in der Marine stattfinden, durch die Kaiserin zu bewerkstelligen ist. Man erhofft also schließlich bewerkstelligt zu werden zu müssen. So hoch es diesmal, die Königin werde gelegentlich der Verleihung des St. Patrik's-Dens an ihren Gatten ihr auch zugleich zum Comre-Admiral machen, indes bewerkstelligt sich auch diesmal das Gerücht nicht: er erhielt zwar den Orden, aber die Beförderung blieb aus, und es ist hier ein offenes Geheimnis, daß der Plan auch jetzt wieder an dem Vertheilende der Admiraltät scheiterte, was mit Recht dagegen geltend machte, der Prinz habe bisher noch niemals thatsächlich als Vizekönig eines Schiffes fungirt und somit keine Befähigung für die ihm zugedachte Stellung nicht erbrachte. Geboren im Jahre 1865 trat der Herzog von York im Alter von 12 Jahren als Kadett in den Marinedienst ein; er verließ zuerst 2 Jahre auf dem Schiffe „Victoria“, machte dann 1879—1883 auf der „Beaumont“ mit seinem älteren Bruder, dem inzwischen verstorbenen Herzog von Clarence, und anderen Kadetten eine Reise um die Welt mit, wurde 1884 Unterlieutenant, im folgenden Jahre Oberlieutenant zur See und land im Laufe der Jahre auf den vertheilenden Schiffen Verwendung, ohne sich, wie allgemein angenommen wird, inderlich durch Erwerbende von Beweisen auszuzeichnen. Dergleichen er seit 1890 überhaupt ein Kriegsschiff nur noch gelegentlich als Besucher betraut, wurde er 1893 bei seiner Verleihung mit der Bezeichnung Lord v. Teck zum Kapitän befördert. Nimmehr hat

Jackets, Kragen,

**Capes,
Regenmäntel,
Blousenhemden,
Jupons**

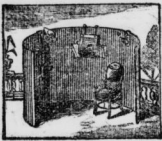
Kaufhaus M. Schneider

werden zu aussergewöhnlich
billigen Preisen verkauft.

Halle a. S., Leipziger Str. 94,

Part., I. u. II. Etage.

Rollschuhwände



in allen Größen und
in allen Ausführungen
von Mk. 15,- an

empfehlen
A. L. Müller & Co.,
Gr. Steinstr. 14, Bernbr. 1043.

Für Hausfrauen.

Gegen
alte Wollsachen
liefert sehr haltbare Seifen,
Unterrock- u. Wäsche-
stoffe, Damenwäsche, Strick-
wolle, Wolldecken, Teppiche,
Bettdecken, Seerensinfarben
ferner empf. meine Seifen und
Baumwollwaschen etc. in
den neuesten Modellen
zu billigen Preisen.
R. Eichmann, Galleschicht,
Kunsthofstraße 1, Wasser-
lager b. Frau W. Stahl,
Steinstraße 2, Br. 2, Cauer-
ferth, Sandwischerstr. 21.



Sonnenhirme und
Regenhirme
eigenes Fabrikat, gar.
dauert. Repar. jed. Art.
Größt. empf. **Fritz**
Reichens, Schirmfabr.
Gr. Steinstr. 88. Hier
sicher a. Wunsch inner-
halb einer Stunde.

**Wichtig für Gartenbesitzer,
Restaurateure etc.!**

Neue hölzerne starke Anhöcker
offert à Stück 20 Pfg.
F. Karbaum Halle a. S.



Wecker
mit Schlüssel
Markt 2,50,
3 Jahre Garantie.
C. Hammer
Uhrenhandlung,
42 Leipziger Str. 42.

Der von der
**Deutschen Kaffee-
Import-Gesellschaft
KOELN am Rhein**
hergestellte

Brillant-Kaffee
mit der Hand

Ist ein feiner, gebrannter
Bohnenkaffee, durch beson-
dere Mischung und Brunnart un-
erreicht an **Kraft, Güte und**
Aroma. Diese feinsten Kaffee-
marken vereinigt die **höchsten**
Wohlgeschmack mit
billigsten Preisen.
Niederlagen zu 75, 80, 85 und
95 Pfg. per 1/2 Pfd. Packet
in Halle bei **Rudolf Bauer**,
Leipz. Str. 55, **C. Höfer**, Ger-
mania-Drogerie, Kaiserstraße, **Jo-**
hannes Schwarz, Geislerstr.,
Carl Tornow, Leipz. Strasse,
F. A. Patz, Gr. Ulrichstrasse.

Einige Gebräu Biertrüber
hat noch reichlich abzugeben
Martin Schneider's Brauerei.

Meine diesjährige Sport-Ausstellung

enthält die hervorragendsten Neuheiten der Saison, und lade ich ein geehrtes
Publikum zur Besichtigung derselben ganz ergebenst ein. Besonders erlaube ich mir auf
die **Abteilung für Radfahrer** aufmerksam zu machen, die infolge der großen Viel-
seitigkeit und enormen Auswahl wohl einzig am Plage daselbst dürfte.

- | | | | |
|--|---|---|--|
| Sweaters
in Wolle, Gaskawolle und
Baumwolle.
Einfach, leicht und
schön, ca. 30 ver-
schiedene Dessins
von 1,50-10 Mk. | Mützen
einfarbig und bunt
von 45 Pfg. bis 3,25.
Sammt-Mützen
von 1,00 an. | Strümpfe
in Wolle u. Baumwolle,
schwarz, grau, leber-
farbig, grün, marine,
schonig, gezeichnet und
schöne Jacquard-Plüsch
von 95 Pfg. bis 4,50. | Schuhe
mit Gummi- oder
Leberfellen
in braun und grün,
aus Leder und
Segeltuch
von 3,00-12,00. |
|--|---|---|--|
- Radfahrer-Anzüge** von 16,50-50 Mk.
Radfahrer-Hosen von 3,75-12 Mk.
Radfahrer-Regenmäntel aus Gummistoff oder wasserdichten Loden.
Radfahr-Gamaschen für Herren und Damen.
Reformbeinkleider für Damen unentbehrlich für Radfahrerinnen in Wolle und Baumwolle, schwarz, grau und grün.
Radfahr-Handschuhe für Herren und Damen.

Julius Bacher,

Halle a. S., Leipziger Straße 12, Ecke Kl. Sandberg.

S. Weiss, Halle a. S.

Größtes Special-Geschäftshaus seiner Herren- u. Knaben-Moden.



Einige
Soppen,
Mäffeln,
Solen etc.

Für die
corpulentesten
Figuren
sind große Vorräthe
in fertigen
**Jacket-Anzügen,
Rock-Anzügen,
Gesellschafts-
Anzügen,
Frühjahrs-Paletots,
Havelocks**
am Lager.

ausgeleitet. Große Aus-
wahl in Herren- u. Damen-
uhren.
**Massiv goldene
Uhrketten,**
8- und 14-fach, achtembelt
333 reih. 585.
Damen-Uhrketten v. 15-90.
Sehrer v. 24-165.
empfehle in größter Auswahl
zu außerordentlich
billigen Preisen.
F. R. Tittel,
Anseln,
Gold- u. Silberwaaren,
echt und unecht
Silber, etc.
en gros & en detail.
Schneebergstr. 3.

Beste u. billigste Ba-
nagsquelle für erst-
klassige Fahrräder
aus Zuberhölzlein.
Katalog gratis.
Ztg. angeb. **H. Crome, Einbeck.**



Leiterwagen, blau gelblich, mit
Eisenreifen, äußere Felge 3 Mt., 4,50,
6 Mt., 8,50 Mt.
Leiterwagen, gelb oder blau ge-
färbt, mit Eisenreifen, ganz be-
deckt, stark gezeichnet, 7 Mt., 8,50,
10 Mt., 12 Mt., 15 Mt., 18 Mt., 20 Mt.,
24 Mt.
Sportwagen 7,50, 11 Mt., 14 Mt.,
15 Mt.
**Karren, Sandschaukeln, San-
dformen, Gartengeräte** sowie
sämmliche Sommerbedarfs-
Triumphstühle 2,25, mit Korb-
stuhl 3 Mt., mit Korb- und Ver-
schraubung 4,50.
Feldstühle von 50 Pfg. an.
**Croquets, Raquets, Hänge-
matten** zu sehr billigen Preisen.

Robert Plötz
17 Leipziger Straße 17.

Auction!

Sonntag, den 23. d. Mts., früh
9 Uhr verleihere ich in einer Streit-
sache gegen folgende bante Zahluna ca.
**300 Ctr. Kartoffeln,
magnum bonum**
in einer Meile am Weicener Wee
und Friedenthaler-Ecke lagernd, an
Ort und Stelle.
Müller, Gerichts-Vollzieher.

Auction.

Sonntag den 23. d. Mts. verleihere
ich Geleit. 30 hier, zu demselben:
a) **Donnerstag 11 Uhr:**
1 Kochtanz mit 20 Weibern, 1 ar.
Bartie Schwaaren, 1 Planten,
1 Trümmen, 3 Korbentische, 2
Wasserregale, 1 Schreibeiselt,
Verticow, Kleiderbüchse, Kom-
moden, Tische, Stühle, Bilder,
Spiel, Sonnen etc.
b) **Freitag 11 Uhr:**
6 **Barbarossa-Defen** und
1 **irischen Ofen.**
Hirsch, Gerichts-Vollzieher.

Auction.

Sonntag den 23. d. Mts. Vorm.
10 Uhr verleihere ich Geleit. 39
zu demselben: 1 **Wischerkraut**, 1
Verticow, 1 **Widderhühn**, 1 **Sohle**,
1 **Kommode**, 1 **transportable**
Kochherd, 1 **Holle** **Schreibeiselt.**
Friedrich, Gerichts-Vollzieher.

Die Expeditionen der Saale-Bettung
befinden sich
**St. Seelin, Neue Promenade 1 und
Markt 24 (Wagengebäude).**

Mit 3 Beiführern.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Gendel.